



Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für die Haushaltsjahre 2012/2013

**„Zukunft sichern -
Chancen nutzen“**

Rede von Bürgermeister
Stefan Freitag am
15. November 2011

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was bedeutet für Sie Zukunft?

Für den französischen Schriftsteller Victor Hugo hatte die Zukunft viele Namen: „Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Mutigen ist sie die Chance.“

Ich habe dieses Zitat an den Anfang meiner Ausführungen gestellt, weil es in unseren kommunalpolitischen Debatten der nächsten Wochen und Monate genau hierin geht. Es geht um Zukunft, um Mut und um Chancen. Und um bei Victor Hugo zu bleiben: Ich bin davon fest überzeugt, dass wir in Velbert nicht zu schwach sind, um unsere Zukunft selbst zu gestalten.

Wir sollten auch nicht furchtsam an das für uns Unbekannte herangehen und Veränderungen meiden. Wir sollten den Mut aufbringen, etwas zu verändern - selbst wenn das schwierige und kontroverse öffentliche Debatten erfordert. Wir sollten mutig genug sein, auch über Parteigrenzen hinweg im Sinne der Sache zusammen zu arbeiten. Wenn wir diesen Mut aufbringen, dann ist die Zukunft dieser Stadt eine Chance für alle Velberterinnen und Velberter.

Der vor Ihnen liegende Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2012 und 2013 zeugt von diesem Mut. Wir schlagen Ihnen vor, den strikten Sparkurs fortzuführen. Wir wollen bis 2017 ein zusätzliches Sparpaket in Höhe von 4,2 Millionen Euro realisieren, womit unser Haushaltssicherungskonzept ein Gesamtvolumen von rund 68 Millionen Euro erreicht und wir wollen die strikte Ausgabendisziplin fortsetzen.

Damit sichern wir Zukunft. Gleichzeitig schaffen wir die Grundlage, vor allem in der Stadtentwicklung und im Bildungsbereich, Chancen effizient zu nutzen. Und diese Chancen können und dürfen wir auch wieder eigenverantwortlich nutzen; denn der vor Ihnen liegende Haushaltsplanentwurf kann uns aus dem Nothaushalt herausführen. Voraussetzung ist natürlich ein entsprechender Ratsbeschluss, für den ich heute deshalb auch nachdrücklich werbe.

Gestatten Sie mir aber zunächst einen Blick auf das zu Ende gehende Jahr sowie auf die Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik. Am 30. November 2010 hat der Stadtrat den Doppelhaushalt 2010 und 2011 beschlossen. Bereits bei der Einbringung hatte ich Ihnen vorhergesagt, dass uns dieser Etat viel Arbeit und viel Ärger bescheren wird. Diese Vorhersage ist eingetroffen. Damit meine ich nicht nur die vielen Mannsitzungen, die bis zu zwölf Stunden gedauert haben. Ich meine nicht nur die riesige Menge von Daten, Fakten, Einwendungen, Bürgergesprächen, sondern auch die Diskussionen um einige Punkte des Haushaltssicherungskonzeptes, die leider teilweise in dumpfer und beleidigender Polemik endeten.

Ähnliche Auswüchse mussten wir u nabhängig von der Haushaltsdebatte leider auch bei anderen Sachdiskussionen in diesem Jahr erleben. Als Vorsitzender dieses Rates möchte ich hierzu heute einmal klar Stellung beziehen:

Kommunalpolitiker – meine Person und einige wenige andere ausgenommen – sind ehrenamtlich engagiert. Sie opfern damit der Gemeinschaft Zeit, die man auch dem Beruf, der Familie, der Freizeit oder dem Freundeskreis widmen könnte. Sie sind damit wie viele tausend Ehrenamtliche in vielen anderen Bereichen dieser Stadt „Mutbürger“, die sich wohltuend abheben von den auch in Velbert vorkommenden „Wutbürgern“, denen das Gemeinwohl völlig schnuppe ist, die sich dann aber um so lautstärker zu Wort melden, wenn es um den eigenen Vorgarten geht. Kein Ratsmitglied erwartet demütiges oder ehrfürchtiges Obrigkeitsdenken. Im Gegenteil, wir wünschen uns eine kritische und interessierte Öffentlichkeit. Ich kenne hier auch kaum jemandem, der Dank erwartet. Aber das Mindeste, worauf jedes Ratsmitglied Anspruch hat, ist Respekt gegenüber der Person und gegenüber der eigenen Meinung und Überzeugung.

Verehrte Kolleginnen und Kolleginnen, wenn Sie mir an diesem Punkt zustimmen, erbitte ich Ihre Zustimmung aber auch an dem Punkt, wo wir selbst diesbezüglich Vorbildwirkung haben. Zur Arbeit in den Gremien gehört neben den Sachfragen natürlich die lebendige und konfrontative politische Rede, die das Salz in die Suppe der politischen Debatte ist. Ich habe aber die dringende Bitte an einige Kolleginnen und Kollegen: Verwechseln Sie Ausschuss- und Ratssitzungen nicht mit RTL-Talkshows. Sie erweisen damit dem Ansehen der Politik einen Bärendienst. Wir haben es bislang gemeinsam hinbekommen, ein gewisses Niveau in diesem Hause zu halten. Lassen Sie uns das weiter anstreben.

Ich bedanke mich heute jedenfalls nochmals für den Mut der Ratsmitglieder, die dem größten Sparpaket in der Geschichte unserer Stadt zugestimmt haben. Und es schmälert in keiner Weise den Respekt denjenigen gegenüber, die – aus welchen Gründen auch immer - gegen den Etat gestimmt haben, wenn ich feststelle: Alle, die seinerzeit mit JA gestimmt haben, haben Zukunft für diese Stadt überhaupt erst möglich gemacht. Die Entwicklung der letzten Monate gab und gibt allen Recht, die auf diesen Sparkurs gesetzt haben.

Wir haben das Vertrauen der Aufsichtsbehörden wieder gewonnen. Dort hat man gemerkt, dass man es in Velbert ernst meint mit dem Sparen und sich nicht wie anderswo auf Sonntagsreden und das Bauen von Luftnummern beschränkt.

Aus diesem Vertrauen heraus haben uns die Aufsichtsbehörden bei vielen schwierigen Projekten im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten unterstützt. Unseren so gewonnenen Spielraum haben wir verantwortlich genutzt und können heute von einem Jahresabschluss 2011 ausgehen, der rund 14,3 Millionen Euro besser ausfällt als geplant.

Natürlich ist dies nicht nur der erfolgreichen Arbeit der Kreisverwaltung bei der Bearbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes und einer strikten Ausgabendisziplin zu verdanken. Neben positiven Entwicklungen auf Kreis- und auf Landesebene hat uns vor allem die gute konjunkturelle Lage geholfen. Und deswegen danke ich nicht nur den in Velbert politisch Verantwortlichen, sondern auch denjenigen im Kreistag, in der Kreisverwaltung, aber auch im Landtag und in der Landesregierung, die uns in diesem Jahr unterstützt und mit ihren Entscheidungen geholfen haben.

Vor allem aber danke ich den Velberter Bürgern und Unternehmen. Sie leisten durch eine höhere Grundsteuer einen großen Anteil an der Konsolidierung des Haushalts. Ich danke auch den unzähligen Ehrenamtlichen, die mir in vielen Gesprächen ihr Verständnis für die auch für ihre Vereine und Projekte schmerzhaften Zuschusskürzungen versichert haben.

Doch, meine Damen und Herren, bei aller Freude über die unerwartet gute Entwicklung in diesem Jahr, möchte ich heute etwas Wasser in den Wein gießen. Noch immer steuern wir trotz guter konjunktureller Lage auf ein Haushaltsdefizit von rund 11,6 Millionen Euro zu. Das zeigt deutlich, dass wir unser Strukturproblem noch lange nicht gelöst haben. Wir schrammen nach wie vor in der Finanzplanung nur sehr knapp an der Überschuldung vorbei. Und das gilt auch nur dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung stabil bleibt.

Dass wir allenfalls vorsichtig optimistisch sein können, zeigt uns hier nicht zuletzt der im Oktober erschienene aktuelle IHK-Spezialbericht. Unter dem Titel „Aufschwung klingt ab“ zeigt er deutlich auf, dass sich die Geschäftserwartungen der Betriebe im Bezirk der IHK Düsseldorf eingetrübt haben. Ich zitiere: „Der Aufschwung hat sich im Kreis Mettmann bis in den Spätsommer 2011 fortgesetzt. Dabei ist der Höhepunkt aber bereits im Frühsommer überschritten worden. Merklich eingetrübt haben sich hingegen die weiteren Geschäftserwartungen, mittlerweile geht ein Sechstel aller Betriebe davon aus, dass sich im kommenden Jahr ihre Geschäftslage verschlechtern wird. Allerdings steht die weitere Entwicklung vor der großen Ungewissheit, wie es an den internationalen Finanzmärkten weitergeht. Eine mögliche Eskalation auf den Finanzmärkten sowie die internationale Schuldenkrise, die derzeit nervösen Börsen, die verbreitete und zunehmende Unsicherheit über die Zukunft des Euros sowie die fragile US-Konjunktur sind hierbei als große Konjunkturrisiken zu benennen.“ Zitat Ende. Ich denke, dem ist nichts hinzuzufügen.

Auch von Bund und Land erwarte ich bis auf Weiteres keine weiteren kommunalpolitischen Großtaten, die uns spürbar entlasten könnten. Der Bund beteiligt sich zwar ab 2012 stufenweise an den Kosten der Grundsicherung im Alter. Dies wird uns über die Kreisumlage entlasten. Ich vermute aber, das bleibt leider der einzige Baustein der zunächst groß angekündigten Gemeindefinanzreform. Diese ist mal wieder im Koalitions- und Parteienstreit stecken geblieben. Inzwischen hat die Euro- und Schuldenkrise das Thema ganz von der Berliner Tagesordnung kata-

puliert. Es bleibt die bittere Erkenntnis, dass Städte – anders als Banken und Pleitestaaten – in den Augen des Berliner Politikbetriebes wohl nicht systemrelevant sind. Wir stehen zwar anders als die Commerzbank oder Griechenland sogar im Grundgesetz, aber das hilft uns wohl auch nichts.

Gegenüber den Vorjahren wäre das ja trotzdem ein zwar bitteres, aber immer noch recht positives Fazit gegenüber dem Bund: Wir wurden zwar weniger entlastet als versprochen, wir wurden aber dafür auch nicht neu belastet. Dieses Fazit ist allerdings mit der vor zwei Wochen verkündeten Steuersenkung durch die Bundesregierung hinfällig. Das Manöver, innenpolitisch durch ein paar Euro Entlastung wieder Boden gutzumachen, ist zu durchsichtig, um wenigstens demoskopisch zu wirken. Ökonomisch ist der Vorschlag zweifelhaft, politisch ist er aus Sicht der Städte inakzeptabel. Mal wieder wirft eine Regierung ihrer Basis, die vor Ort Politik macht und dabei den Bürgern nur allzu oft harte Sparbeschlüsse vermitteln muss, Knüppel zwischen die Beine.

Wie sollen wir den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass wir in Velbert knallhart sparen müssen, wenn gleichzeitig der Bund trotz einer geplanten Nettokreditaufnahme von rund 26 Milliarden Euro auch noch 6 Milliarden Euro teure Steuergeschenke verteilt. Wenn wir so wie der Bund haushalten würden, hätten wir die Grundsteuer um 20 Prozentpunkte senken, statt erhöhen müssen. Gleichzeitig hätten wir auch noch ein kreditfinanziertes viertes Schwimmbad bauen können, statt eines zu schließen und hätten uns immer noch finanzpolitisch seriöser verhalten als die Bundesregierung.

Auch aus Düsseldorf erwarte ich zunächst keine weiteren Entlastungen. Einerseits dämmert es der Landesregierung wohl langsam, dass man nicht alle noch so gut gemeinten Wohltaten – auch die für Städte nicht – auf Dauer auf Pump finanzieren kann, andererseits bleiben wohl leider viele gute Ansätze des Innenministers in schlecht formulierten Gesetzesentwürfen und im politischen Tagesgeschäft hängen. Die bisherigen Regelungen zur Schuldenhilfe sind jedenfalls so nicht praktikabel. Und sie werden – nicht nur nach meiner Einschätzung – auch einer gerichtlichen Prüfung kaum standhalten.

Und bei allem Wohlwollen unserem Innenminister gegenüber, dem ich nach einem persönlichen Gespräch wirklich abnehme, dass er sich für die Kommunen einsetzen möchte, muss folgende Frage erlaubt sein: Wie stark ist eigentlich seine Stellung im Kabinett? Während Herr Jäger trotz eines Bergs von 22 Milliarden Euro an Kassenkrediten in den Kommunen und in einer Situation, in der noch ganze 8 (!) von 396 NRW-Städten ihren Haushalt ausgleichen können, mit 350 Millionen Euro für sein „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ abgespeist wird, dürfen die Kolleginnen und Kollegen Remmel, Schäfer und Löhrmann massiv Personal aufstocken, Wahlgeschenke verteilen und Schulexperimente finanzieren und verfügen dabei locker über ein Vielfaches dieses Betrages.

Für mich bleibt das gleiche Fazit wie in sämtlichen 15 Haushaltsberatungen, die ich bislang mitgemacht habe: Wir dürfen uns weder auf eine lang andauernde konjunkturelle Stabilität, noch auf Unterstützung aus Berlin oder Düsseldorf verlassen. Wir sollten uns vielmehr weiterhin auf das besinnen, was wir selbst gestalten können. Davon haben wir uns auch bei der Aufstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs leiten lassen. Zum Zahlenwerk selber, zu den einzelnen Positionen und zu den Details des erweiterten Haushaltssicherungskonzeptes wird der Stadtkämmerer gleich berichten. Ich möchte heute etwas über den Tellerrand dieses Zahlenwerkes blicken.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf macht Verbort durch den fortgesetzten Sparkurs und die Ausgabendisziplin zukunftssicher. Mit den geplanten Jahresergebnissen 2012 und 2013 werden wir uns wieder den Ergebnissen des Jahres 2008 – also dem letzten Jahr vor der Krise – nähern. Zudem vermeiden wir im Finanzplanungszeitraum die Überschuldung und können ab 2017 wieder einen leichten Haushaltsüberschuss darstellen.

Das alles wird schwer genug und dennoch wird dieser Sparkurs alleine nicht ausreichen, um wirklich nachhaltig Verborts Zukunft zu sichern – noch nicht einmal finanzwirtschaftlich: Denn nach dieser Planung hätten wir 2017 noch eine allgemeine Rücklage in Höhe von rund 20,7 Millionen Euro. Das wäre gemessen an der Bilanzsumme des Jahres 2010 eine Eigenkapitalquote von unter 3 Prozent. Das ist kein Polster für harte Zeiten, das ist nicht mehr als ein sehr dünner Faden, der schon bei einer kleinen konjunkturellen Eintrübung oder einer Kapriole auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene reißen kann.

Hinzu kommen die durch die Defizite der letzten Jahre und die Defizite der kommenden Jahre horrend wachsenden Liquiditätskredite. Sie stellen im Haushalt einen echten Sprengsatz dar und haben sich längst zu einem dauerhaften und steigenden Teil unserer Gesamtverschuldung entwickelt. Dies ist besonders prekär, da ihnen im Gegensatz zu den Investitionskrediten keine Vermögenswerte gegenüber stehen. Zum letzten Bilanzstichtag lagen diese Liquiditätskredite – früher nannte man sie Kassenkredite – bei rund 85 Millionen Euro. Damit machen sie mehr als 1/3 unserer Gesamtverschuldung aus. Und sie steigen weiter. Sie werden jedenfalls recht bald schon über 100 Millionen Euro liegen und was ein Zinsanstieg von nur einem Prozent bedeutet, können Sie sich leicht selber ausrechnen.

Angesichts dieser bedrückenden Fakten muss für uns „Zukunftssicher“ mehr bedeuten, als „nur“ die haushaltsrechtlichen vorgegebenen Mindestnormen zu erfüllen – so schwer das bereits fällt! Zukunftssicher muss darüber hinaus heißen: Wir müssen Schulden langfristig abbauen! Und das wird nur funktionieren, wenn wir unsere Ertragskraft nachhaltig steigern. Denn spätestens hier enden die Möglichkeiten konservativer und solider reiner Sparpolitik.

Meine Damen und Herren,

Sie können alle freiwilligen Aufgaben einstellen. Sie können alle freiwilligen Einrichtungen schließen und das Personal in diesen Bereichen entlassen. Trotzdem haben Sie immer noch ein Defizit und das Altschuldenproblem am Bein. Vor allem aber haben Sie eine sterbende Stadt ohne Profil, ohne Identität – und irgendwann auch ohne Menschen und Untertanen und damit ohne Einkommen.

Deswegen muss Zukunftssicherheit immer bedeuten: Chancen in der Stadtentwicklung müssen genutzt werden, um damit die Ertragskraft zu stabilisieren. In der Stadtentwicklung geht es eben genau darum – und nicht um vermeintliche Denkmäler für Amtsträger -, es geht um Zukunftssicherung. Es sind und bleiben zwei Seiten der gleichen Medaille: Haushaltskonsolidierung und dynamische Stadtentwicklung. Und da sich eine aus dem Haushalt finanzierte Stadtentwicklung auf Grund unserer Etatsituation verbietet - den hier verbleibenden Spielraum sollten wir in Bildung investieren -, können wir hier nur auf Fördermittel und Privatinvestitionen setzen. Die Strategie war bislang in fast allen Bereichen erfolgreich. Deshalb sehe ich auch keine Veranlassung, hiervon abzuweichen. Dass die Strategie erfolgreich war und ist, zeige ich an einigen Beispielen auf:

1. Umbau der Stadtteile Birth und Losenburg

In den Stadtteilen Birth und Losenburg sind über das Bund-/ Länderprogramm „Soziale Stadt“ einschließlich unserer Eigenmittel insgesamt etwa 7,75 Millionen Euro investiert worden, wobei die Stadt selber 2 Millionen Euro beigetragen hat. Dies wiederum hat weitere Investitionen in Höhe von rund 27 Millionen Euro ausgelöst. Das Ergebnis kann sich heute bereits sehen lassen: Zahlreiche neue Wohn- und Freizeitmöglichkeiten sind entstanden, eine städtebauliche und soziale Fehlentwicklung wurde gestoppt. Und bis 2014 steigt die Summe der direkten Investitionen voraussichtlich noch auf 11 Millionen Euro und der weiteren Investitionen auf rund 40 Millionen Euro.

2. Umbau der Nordstadt

Ebenso erfolgreich läuft der Umbau der Nordstadt aus dem Programm „Stadtumbau West“. Auch hier die nackten Zahlen: 1,2 Millionen Euro hat die Stadt Velbert zur Verfügung gestellt, dazu kamen 2,7 Millionen Euro aus dem Fördertopf. Auch hier beeindruckt das allmählich entstehende neue Stadtbild: Es gibt neue Wohn- und Einkaufsmöglichkeiten. Es ist der bundesweit ausgezeichnete Freizeitpark Nordstadt entstanden. Soziale und städtebauliche Fehlentwicklungen konnten dagegen gestoppt werden.

3. Private Investitionen Am Berg

Abgerundet wird das Bild von den vornehmlich privaten Investitionen Am Berg mit neuen Wohn- und Einkaufsmöglichkeiten.

Fakt ist: die Lebensqualität und damit auch die Zukunftsfähigkeit haben sich im Norden und im Westen unserer Stadt deutlich verbessert.

4. Bürgerhaus Langenberg

Bei allem Ärger rund um die Baustelle Bürgerhaus Langenberg dürfen wir nicht undankbar sein. Nach einer umfassenden und eigentlich abgeschlossenen Landesförderung für Langenberg war es nicht selbstverständlich, mit dem Bürgerhaus erneut in die Landesförderung zu kommen. Die zeitliche Verteilung der Landesmittel auf die Folgejahre zwingt uns zu einer zeitlichen Streckung der Baumaßnahme. Das ist zwar schmerzhaft, aber unvermeidbar.

Jetzt geht es darum, das Baustellenmanagement weiter zu optimieren. Um hier verwaltungsinterne Reibungsverluste zu vermeiden, haben wir uns dazu entschlossen, dass der Bauherr - also die KVV GmbH - ab dem neuen Jahr auch die Projektleitung übernimmt. Bislang wurde sie vom Planungsbereich wahrgenommen. Damit wechselt die Zuständigkeit im Verwaltungsvorstand von Herrn Wendenburg auf Herrn Richter. Das gilt übrigens auch für Vorburg und Schloss Hardenberg, auf die ich gleich noch gesondert eingehen werde.

5. Der Freizeitwert hat sich erhöht

Der PanoramaRadweg niederbergbahn hat den Freizeitwert Velberts enorm erhöht, wie die selbst an trüben Tagen gut mit Spaziergängern und Radfahrern gefüllte Trasse zeigt. Gemeinsam mit dem letzten Bauabschnitt des Herminghausparks, dem Freizeitpark Nordstadt, dem Waldkletterpark auf dem Senderberg, dem Sportplatz Waldschlösschen sowie zahlreichen Freizeit- und Sportflächen ist der Freizeitwert unserer Stadt innerhalb von nur zwei Jahren rasant gestiegen. Dies gelang durch kluges Einwerben von Fördermitteln und zielgerichteter Akquise von Privatinvestitionen.

Dass wir da bei vor allem auf kostenlose Freizeitangebote setzen, unterscheidet uns nicht nur von anderen Städten, es betont die soziale Handschrift unserer Stadtentwicklung.

Das Sportzentrum an der Industriestraße rundet diese Entwicklung durch einen Mix öffentlicher und privater Angebote bald ab. Bis Oktober 2012 dürfen wir uns noch in Vorfreude üben, dann ist der erste Bauabschnitt dieses hitzig diskutierten Projektes fertig gestellt.

Ich plädiere hier und heute auch dafür, Denkverbote bezüglich des Stadions aufzugeben. Wenn es der KVV GmbH gelingen sollte, einen Stadionbau ohne Haushaltsbelastung darzustellen, dann - aber auch nur dann - sollten wir die Geschäftsführung doch ruhig mal machen lassen.

6. Sanierung von Velbert-Neviges

Keine Erfolgsstory ohne Ausnahmen. Die Aufnahme des Ortskerns von Velbert-Neviges in einschlägige Förderprogramme ist uns trotz allen Einsatzes und trotz der guten Unterstützung von Landespolitikern leider nicht gelungen. Das Einwerben privater Investitionen wird dadurch nicht einfacher, denn hier folgt man gerne öffentlichen Infrastrukturinvestitionen. Viele fragen sich: Was bleibt angesichts dieser nüchternen Erkenntnis von unserem Entwicklungskonzept Velbert-Neviges, dass vor allem auf Fördermittel setzte? Nun, so sehr mich das persönlich auch stört, wir werden uns in Geduld üben müssen. Das ist zwar nicht schön, aber auch kein Grund, sofort eine Weltuntergangstimmung zu bemühen. Diese soll gelegentlich den Bezirksausschuss heimsuchen. Er hat mich freundlich in seine Sitzung eingeladen. Ich werde selbstverständlich gerne kommen, um über die Zukunft von Neviges zu sprechen und mir die Ideen des Bezirksausschusses anzuhören. Meine Auffassungen sind bekannt, ich wiederhole sie hier gerne:

Zunächst zum Ensemble Schloss und Vorburg:

Solange keine ausreichende Förderung für das Schloss Hardenberg in Aussicht ist, kann die Baumaßnahme meines Erachtens nicht fortgeführt werden. Sie ist alleine vom städtischen Haushalt nicht zu schultern. Dem Rat ist selbstverständlich ein anderer Schluss vorbehalten, doch er muss dann auch mehrheitlich die dafür notwendigen 6,5 Millionen Euro im Investitionsprogramm der nächsten Jahre bei anderen Maßnahmen streichen oder neue langfristige Schulden aufnehmen. Letzteres halte ich weder für genehmigungsfähig, noch für seriös. Und von Ersterem rate ich dringend ab, da bislang in der Dringlichkeitsliste nahezu ausschließlich Investitionen in die Bildungsinfrastruktur eingeplant sind. Diese halte ich aber für unverzichtbar! Deshalb müssen wir hier neue Wege gehen und gemeinsam mit dem Förderverein überlegen, wie wir eine noch längere Durststrecke als bislang geplant überstehen können. Ich empfehle hierzu zunächst den zügigen Abschluss der Sanierung der Vorburg. Diese Maßnahme ist finanziell gesichert. Kostengünstige Umfeldmaßnahmen in den Außenanlagen sollten zusätzlich geprüft werden: Von Wegen über Grünanlagen bis hin zu Spielmöglichkeiten – schon übermorgen werde ich hierzu mit dem Vorstand des Fördervereins erste Gespräche führen. Wir handeln dabei ganz nach dem Motto: Wenn wir die Menschen noch nicht in das Schloss bekommen, so wenigstens an das Schloss heran. Und dass das gesamte Ambiente schon heute Menschen anlockt, beweisen viele Veranstaltungen.

Zum Ortskern von Velbert-Neviges:

Für die Umsetzung einer Gesamtplanung an der Wilhelmstraße, die alle unsere dortigen, teilweise stark renovierungsbedürftigen Immobilien einbezieht, brauchen wir einen privaten Investor. Wir haben niemals einen Hehl daraus gemacht, dass die Investorensuche hier ein hartes Brot ist.

So schwer es auch fällt, gilt bis dahin eben das Gebot einer Politik der kleinen Schritte. Stichworte sind hier die Fragen nach einer verkehrlichen Öffnung eines Teils der Fußgängerzone, die Gestaltung des Platzes „Im Orth“, Verbesserungen bei der Pflege und Reinigung, eine positive Außendarstellung und vieles mehr.

Zum Handel und den Dienstleistungen in den Ortszentren

Ich warne allerdings vor übertriebenen langfristigen Erwartungen, was Geschäftsbesatz, Frequenzen und Urbanität des Ortskerns von Neviges angeht. Das gilt übrigens genau so auch für Langenberg. Wie titelte vor kurzem noch eine große Boulevardzeitung: „Jede Wahrheit braucht einen Mutigen, der Sie auch ausspricht.“ Ich übernehme diesen undankbaren Job heute, indem ich feststelle, dass unsere Stadt nur ein Zentrum hat – und auch nur ein Zentrum braucht. Den Anspruch an eine voll funktionsfähige Innenstadt werden weder die Ortskerne von Neviges noch von Langenberg jemals erfüllen können. Die Stadt Velbert will und wird dennoch weiterhin – wie außer ihr von den großen Dienstleistern übrigens ansonsten nur noch die Sparkasse – weiter mit allen relevanten Service- und Dienstleistungsangeboten in den beiden Ortszentren Neviges und Langenberg vertreten sein.

Langfristig wird dort aber die klassische Handelsfunktion nicht anders sein als in Tönisheide oder Am Berg – und das ist auch gar nicht schlimm, wenn ich die doch recht hohe Zufriedenheit sowohl in Tönisheide als auch im Velberter Westen mit dem dortigen Geschäftsbesatz erlebe. Die Zusatzchancen von Neviges und Langenberg liegen bei Wallfahrern und Touristen. Auch das ist übrigens keine neue Erkenntnis, aber ich glaube die Umsetzung dieses Gedankens braucht einen neuen Schub bei allen Akteuren.

Zur Frage einer Innenstadt und der Ortsteile im Allgemeinen

Was ich gerade ausgeführt habe, ist übrigens insgesamt nichts neues, denn die Tatsache, dass eine Stadt mit 85.000 Einwohnern mitten in einem Ballungsraum nur ein funktionierendes Zentrum haben kann, ist nicht nur eine Binsenweisheit, sondern geltende Beschlusslage des Stadtrates. Sie ist nämlich einer der wesentlichsten Punkte des am 11. März 2008 hier im Rat mit großer Mehrheit beschlossenen Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes.

Doch wie sollen die Menschen in Velbert diesen Gedanken verinnerlichen und verstehen, wenn die Politik mit schlechtem Beispiel vorangeht und sich selber immer noch dreiteilt. Deshalb

schlagen wir auch erneut die Abschaffung der Bezirksausschüsse vor, weil wir glauben, man kann sich in der heutigen Zeit diese lokalhistorische Verfassungsfolklore nicht mehr leisten. Wenn Sie diesem Gedanken auch diesmal nicht folgen möchten, weil Sie glauben, dass mit den BZA's ein Stück Bürgernähe und Demokratie wegfallen würde – ein Ansatz, der ja durchaus ehrenhaft und nachvollziehbar ist – dann schlage ich Ihnen heute bereits prophylaktisch die Schaffung mindestens drei weiterer Bezirksausschüsse vor: Einen BZA Velbert-Nord, der für die Unter- und Nordstadt, für Birth und Losenburg zuständig ist sowie je einen BZA für den Velberter Westen und für Tönisheide, wobei letzterer gerne auch noch den Schlagbaum überspringen und sich um die Oberstadt kümmern könnte. Das ist wohlgerne kein Witz, sondern ein ernstgemeinter Vorschlag, wenn es Ihnen um die Bürgernähe bei den BZA's geht. Ich gehe nach heutigen Erkenntnissen auch davon aus, dass ein solches Modell - mit etwas personeller und technischer Bescheidenheit - in der Umsetzung durchaus finanzierbar wäre.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen,

dieser Ausflug in Grundsatzfragen der Stadtplanung war mir wichtig, weil mich die Menschen in Neviges und Langenberg eben ständig fragen, warum so viel in Velbert-Mitte und so wenig bei Ihnen passiert. Und ich halte nach wie vor das Erklären von komplexen Zusammenhängen für eine der wichtigsten Aufgaben von Politik. Märkte und Investoren sind eben weniger feinfühlig und diplomatisch als Politik und Verwaltung. Und deren Fazit ist eben glasklar: Velbert hat nur eine Innenstadt und da wollen wir hin! Und unser Job ist, zu prüfen, welche der vielen Ideen und Vorhaben gut sind für unsere Stadt und welche nicht.

7. Viele neue Freizeitflächen und andere Entwicklungen im Immobilienbereich

Viele gute Ideen der letzten fünf bis sechs Jahre sind heute bereits Realität. Mit dem Freizeitpark Nordstadt, dem Herminghauspark und dem PanoramaRadweg verfügen wir über eine einzigartige Vielfalt innerstädtischer Grün- und Freizeitflächen, die durch den Offerbusch, den Karrenbergplatz sowie zahlreiche größere und kleinere Grünflächen ergänzt werden.

Überschlagen Sie einmal, wieviele neu nutzbare innenstadtnahe Freizeitflächen in den letzten zwei bis drei Jahren in Velbert-Mitte entstanden sind. Das ist ein Stück neue Lebensqualität, die jetzt ergänzt werden muss durch städtebaulich anspruchsvolle und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklungen im Immobilienbereich. Der zweite Bauabschnitt des Medicum an der Blumenstraße wird am 1. April 2012 eingeweiht - dann werden dort insgesamt 30 Ärztinnen und Ärzte für eine erhebliche Belebung der oberen Friedrichstraße sorgen. Ergänzt wird das Angebot um gesundheitsnahe Dienstleistungen und Gastronomie.

Die Umsetzung des Ergebnisses des städtebaulichen Wettbewerbs für das Gemeindezentrum an der Christuskirche wäre in diesem Bereich ein schöner und folgerichtiger Schritt, der das komplette Quartier zwischen Offerstraße, Grünstraße, Güterstraße und Kurze Straße städtebaulich wie funktional erheblich aufwerten würde. Ob sich unmittelbar angrenzend endlich etwas im ehemaligen Karstadt- bzw. Hertiekomplex tun, scheint wohl noch nicht sicher zu sein. Nach der überraschend schnellen Veröffentlichung von ersten Ansichten scheint dort nun leider etwas Ruhe eingekehrt zu sein. Ich hoffe, es geht dort bald weiter.

Etwas weiter südlich eröffnet nächste Woche das SB-Warenhaus Kaufland. Damit gibt es diese Verkaufsform auch wieder in Velbert - und das sogar in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt. Ergänzt werden alle diese Planungen durch ein neues Verkehrskonzept für die Innenstadt sowie die Planung eines zentralen Busbahnhofes, der maßgeblicher Baustein unserer Strategie ist, den ÖPNV in Velbert attraktiver zu machen, ohne ihn gleichzeitig teurer werden zu lassen. Auch hier können und dürfen wir mit entsprechenden Fördermitteln rechnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieser Streifzug durch aktuelle Projekte in der Stadtentwicklung - auf die geplanten Wohnungsmarktvorhaben habe ich diesmal aus Zeitgründen verzichtet - zeigt, dass wir unsere Chancen, da wo es möglich ist, konsequent nutzen. Dies sollte nach meinem Dafürhalten auch beim größten und schwierigsten Innenstadtprojekt gelten, dem geplanten neuen Shopping-Center auf dem Europaplatz. Ich möchte heute nur wenig zu den städtebaulichen Dimensionen sagen, weil wir dazu morgen Abend unsere große Informationsveranstaltung haben und ich dem nicht vorgreifen möchte.

Gestatten Sie mir aber in einer Haushaltsrede, zumal in einer besonderen Situation, noch einmal klarzustellen, dass das gesamte Projekt, gemessen an der Finanzplanung, mindestens haushaltsneutral ist. Höchstwahrscheinlich führt das Projekt sogar dazu, dass unsere Erträge durch sogenannte Umwegrentabilitäten steigen, beispielsweise durch höhere Einkommensteuer-, Umsatzsteuer- und Gewerbesteuerzahlungen.

Dazu noch einmal in Kürze die Fakten: Uns steht im Etat 2012 ein Budget in Höhe von jährlich 475.000 Euro für die Unterbringung von Museum und VHS einschließlich Betriebskosten zur Verfügung. Das reicht aus für die Sanierung der Villa Herminghaus einschließlich Anbau sowie für den Umbau der Räume im Forum und weiterer Räume für die VHS. Eine mögliche niedrigere Gewinnausschüttung der BVG in Höhe von rund 70.000 Euro durch die Finanzierung des neuen Parkhauses Oststraße wird in jedem Fall durch Zahlung der gewinnunabhängigen Grundsteuer für das neue Center mindestens kompensiert, eher noch übertroffen. Weitere Ein-

nahmen können seriöser Weise noch nicht geschätzt werden und bleiben zunächst außen vor. Mit anderen Worten: Mit dem Shopping-Center bekämen wir 20.000 qm hochwertige Einzelhandels- und Gastronomieflächen. Wir hätten ganz neue Kommunikationsorte, Treffpunkte und Erlebnisflächen in der Stadt. Wir hätten ein neues Museum, eine neue VHS und ein neues Parkhaus. Und das alles ohne Haushaltsbelastung.

Ich gestehe jedem zu, das Projekt aus städtebaulichen oder sonstigen Gründen skeptisch zu sehen, aber bitte nicht aus finanzwirtschaftlicher Sicht. Folgerichtig hat die Kommunalaufsicht daher auch bereits mitgeteilt, dass ihrerseits keine Bedenken gegen die von uns mittel- oder unmittelbar zu leistenden Teilprojekte bestehen. Für mich persönlich steht allerdings unabhängig von dieser finanzwirtschaftlichen Betrachtung nach drei Jahren intensiver Beschäftigung mit dem Thema und einem fortwährenden Abwägen von Pro und Contra fest, dass das Projekt eine große Chance für Velbert ist, die wir nutzen sollten. Natürlich gilt es jetzt, die Menschen mitzunehmen und sie bei dieser Planung einzubeziehen. Damit starten wir morgen und ich bin wie Sie gespannt auf den Verlauf.

Wenn wir konsequent diese und weitere Chancen nutzen, dann werden wir 2017 nicht nur einen ausgeglichenen Etat haben, dann werden wir in einer Stadt leben, die über die A 44 mit der Landeshauptstadt direkt verbunden ist und ganz neue Perspektiven entfalten kann. Sie hat sich bis dahin neu aufgestellt und ist eine Stadt mit einer attraktiven, grünen und modernen City, attraktiven Wohn- und Freizeitangeboten in der Stadtmitte und den Stadtbezirken sowie einer Vielfalt an kulturellen Angeboten. Getragen von der Wirtschaftskraft unserer Industrie wird es für junge Menschen dann echte Perspektiven geben, hier zu leben und zu arbeiten.

Denn auch das sollten wir uns klar machen, wenn wir über die Zukunft sprechen: Die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir trotz der Haushaltskrise der letzten Jahre und trotz des Nothaushaltes, hier so gut wie alle Angebote und Projekte in den unterschiedlichen Politikfeldern halten und teilweise sogar ausbauen konnten: Dies gilt für die Geschwisterkindebefreiung bei den Gebühren für die Kindertagesstätten und der Offenen Ganztagschule genauso wie für den Ausbau der Betreuungsangebote für die unter dreijährigen Kinder. Dies gilt vom Jeki-Projekt bis hin zu den Ferienaktionen, vom Kindertheater bis zur kostenlosen Nutzung von Sportstätten für Kinder und Jugendliche. Dies gilt für die Jugendzentren und den Ausbau von Sport- und Freizeitflächen sowie für die eigene Jugendförderung und die Unterstützung der Vereine. Sie sehen alleine durch die Aufzählung dieser Beispiele, dass die vorsorgende Sozialpolitik nicht von Frau Kraft in Düsseldorf, sondern von den Städten, ihren Räten und Verwaltungen, in Velbert und anderswo genauso erfunden wurde.

Bei meiner Aufzählung fehlt noch die Bildungsinfrastruktur. Wie ich bereits angedeutet habe, genoss sie bei der Etataufstellung oberste Priorität. Alleine in 2012 und in 2013 sind zahlreiche Maßnahmen geplant, wobei ich Ihnen stichwortartig hier einmal alle Schulen aufzählen möchte. Heraus stechen natürlich die drei großen Maßnahmen am Langenberger Gymnasium, an der Gesamtschule und an der Sonnenschule.

- 1,5 Millionen Euro stehen für Brandschutzarbeiten, die Sanierung der Außentoiletten und weitere Maßnahmen am Gymnasium Panner Straße zur Verfügung.
- Für Brandschutzmaßnahmen, die Aulasanierung, die Kesselerneuerung und die Betonsanierung an der Gesamtschule Poststraße stehen 2 Millionen Euro zur Verfügung.
- Und für die Sanierung des Schulgebäudes an der Goethestraße, in dem künftig die Sonnenschule untergebracht wird, steht eine Million Euro zur Verfügung.

Es folgen:

- Sanierung der Sporthalle An der Maikammer inklusive Duschen: 725.000 Euro
- Fassaden- und Dachsanierung an der Grundschule Bergische Straße: 235.000 Euro
- Brandschutzmaßnahmen und Ausbau der U3 Betreuung an der Kindertagesstätte Donnerstraße 13: 240.000 Euro
- Brandschutzmaßnahmen, Aulasanierung, Kesselerneuerung und Erneuerung der Schieferdacheindeckung am Nikolaus-Ehlen-Gymnasium: 750.000 Euro
- Dachsanierung Überdachung des Verbindungsgangs an der Wilhelm-Ophüls-Schule: 110.000 Euro
- Brandschutzmaßnahmen und Ausbau der U3 Betreuung an der Kindertagesstätte Kohlenstraße: 185.000 Euro
- Brandschutzmaßnahmen an der Kindertagesstätte Schillerstraße: 170.000 Euro

Damit werden wir in dieser Legislaturperiode 2009 bis 2014 nach jetziger Planung insgesamt 43,3 Millionen Euro (einschl. 10,7 Millionen Euro für den Neubau der Martin-Luther-King-Schule) in unsere Bildungsinfrastruktur investiert haben. Das ist meines Erachtens eine ausgezeichnete Leistung.

Auch hinter dieser Zahl steht wieder ein kluges Fördermittelmanagement, denn neben den 4,8 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II, haben wir auch noch 6,5 Millionen Euro aus dem Investitionspaket NRW erhalten sowie 1,7 Millionen Euro aus Fördermitteln für den Mensabau und den Ausbau der U3-Betreuung. Folglich mussten und müssen wir „nur“ 30,3 Millionen Euro aus dem eigenen Etat beisteuern, was aber selbst verteilt auf fünf Haushaltsjahre immer noch eine gewaltige Zahl angesichts unserer Haushaltssituation ist.

Nun muss ich leider auch hier wieder etwas Wasser in den Wein gießen. Natürlich wäre immobilien- und finanzwirtschaftlich eine bessere Planungsgrundlage sowohl für den Primarbereich als auch für den Sekundarbereich wünschenswert. Auf Dauer haben wir zu viel Schulraum für zu wenig Schüler. Darauf kann man mit zwei Handlungsalternativen reagieren: Entweder Sie greifen frühzeitig regulierend ein oder Sie überlassen das Ganze dem freien Wettbewerb der Schulen und Schulformen und handeln nur dann, wenn eine Schule mangels Anmeldezahlen von sich aus aufgibt oder wir von der Bezirksregierung gezwungen werden. Ich bin übrigens sehr gespannt auf die Anmeldezahlen der Grundschulen, die in den nächsten Tagen vorliegen werden.

Für die zweite Alternative, den freien Wettbewerb, haben Sie sich in der letzten Ratssitzung mehrheitlich bei nur fünf Gegenstimmen bei den Grundschulen entschieden. Ich war zwar gegen diesen Beschluss, respektiere ihn aber natürlich. Folglich wird es bis 2015 von der Verwaltung keine Schließungsvorschläge im Grundschulbereich mehr geben. Da dieser Weg die Gefahr beinhaltet, dass wir jetzt in Schulen investieren, die wir irgendwann doch schließen müssen, wollte ich das zum Schutz der Verwaltung heute noch warnend sagen: Wir gehen hier einen teuren und gefährlichen Weg, der nur so aussieht, als sei er bequemer!

Bitte lassen Sie uns über den künftigen Weg für den Sekundarbereich noch einmal diskutieren. Hier sind zwar die ideologischen Fronten härter als im Primarbereich, aber die immobilien- und finanzwirtschaftlichen Herausforderungen sind auch ungleich größer. Die Erkenntnisse aus zwei anlassbezogenen Schulentwicklungsplanungen im Sekundarbereich innerhalb nur eines Jahres haben zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt, sondern nur zu heftigen politischen Reaktionen. Ich gestehe ein, dass hier offensichtlich die Mittel einer Verwaltung, ja auch eines Bürgermeisters ausgereizt sind, alleine aus einer fachlichen Analyse heraus zu mehrheitsfähigen Vorschlägen zu kommen.

Ich appelliere daher hier ganz offen an die beiden großen Ratsfraktionen. Setzen Sie sich zusammen und loten Sie denkbare Kompromisse aus. Wenn sich ein Kompromiss andeutet, sollte man natürlich auch die kleineren Fraktionen in die Gespräche einbeziehen. Aber es macht meines Erachtens - und mit dieser Meinung stehe ich in Velbert nicht alleine da - keinen Sinn, mit hauchdünnen Mehrheiten schulpolitische Entscheidungen für Jahrzehnte zu treffen. Die Verwaltung wie auch ich stehen für solche Gespräche begleitend, moderierend oder sonst wie zu Verfügung. Wir bleiben auch weg, wenn Sie das wollen. Aber ich bitte Sie: Reden Sie miteinander!

Bevor ich den Bildungsbereich nun verlasse, habe ich noch eine Bitte. Für mich ist Kulturpolitik in allen Facetten, genauso wie viele Bereiche der Jugendhilfe und Sozialpolitik, Teil der Bildungspolitik. Ohne Bildung gibt es keine Kultur, ohne Kultur keine Bildung. Rein rechtlich jedoch

ist die Kultur eben „freiwillig“, während der Bildungsbereich eine „gesetzliche Pflichtaufgabe“ ist. Deswegen fällt es so schwer, den Schutzzaun, den wir erfolgreich um die Bildungsinfrastruktur gezogen haben, auch um unsere kulturellen Einrichtungen zu ziehen. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass dieser Zaun nun auch um die Kultur gezogen werden muss.

Wer die Frage bejaht, dass Velberter in Velbert lernen sollen, dass sie hier Sport treiben sollen, hier Rad fahren und hier shoppen sollen - wer will, dass sie hier leben und hier arbeiten, der muss auch konsequent dafür sein, dass die Velberter in Velbert Büchereien, Musikschulen und das Museum sowie die Kulturveranstaltungen erleben können.

Meine Damen und Herren,

der Kulturbereich kann über das hinaus, was beschlossen ist und das, was heute vorgeschlagen wird, keine weiteren Sparpotentiale anbieten, ohne dass er nachhaltig Schaden nimmt. Ich bitte um Verständnis, dass ich dem einmal Luft verschaffen musste, aber mir lag dies zum 30. Geburtstag des Kultur-Forums Niederberg im Jahre 2012 auf der Seele.

Ab heute werden Sie diesen Haushaltsplanentwurf diskutieren, zunächst sicher fraktionsintern, dann über Fraktionsgrenzen hinweg. Sie werden Änderungen in den Ausschüssen beraten und beschließen und - so hoffe ich - am 28. März 2012 mit Mehrheit einen Haushaltsplan verabschieden.

Dieser Haushaltsplanentwurf lädt alle Fraktionen ein, hier mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen für unsere Stadt und die in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürger.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen von uns Lösungen, Antworten auf ihre Zukunftsfragen. Und sie akzeptieren auch politische Kompromisse - nur mit einem Nein aus politischem Kalkül tun sich die Menschen schwer. Dieser Haushaltsplanentwurf zeigt Lösungen auf, gibt Antworten auf Zukunftsfragen und lässt genug Raum für politische Kompromisse.

Deswegen appelliere ich an Sie alle: Ebenen Sie ohne politisches Kalkül den Weg zu einer breiten Mehrheit für die Zukunft dieser Stadt. Sofern ich dabei helfen kann, stehe ich genauso wie meine Vorstandskollegen auch persönlich zu Ihren Diensten. Mir wird ja oft vorgeworfen, ich hätte kein Ohr für die kleineren Fraktionen im Stadtrat. Nehmen Sie mich beim Wort: Laden Sie mich ein und diskutieren Sie mit mir die Zukunft unserer Stadt und damit verbunden diesen Etatentwurf und Sie bekommen sogar meine beide Ohren, meinen Kopf, mein Herz und meinen Bauch dazu. Das Angebot gilt natürlich nicht nur für die kleinen Fraktionen dieses Rates.

Meinen Vorstandskollegen, den Budgetverantwortlichen und allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen danke ich für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Etatentwurfes. Dies gilt natürlich wie immer in besonderer Weise für unseren Stadtkämmerer Sven Lindemann und seine Mannschaft. Aus ihr möchte ich heute ausnahmsweise einmal zwei Kollegen besonders hervorheben. Sie haben zum letzten Mal nach 25 beziehungsweise 28 Jahren an einer Haushaltsplanaufstellung mitgewirkt: Erika Kranz und Hans Bagarskas. Ich danke Ihnen ganz besonders!

Und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und schlage vor, dass Sie sich kurz von mir und meiner Rede erholen, bevor Stadtkämmerer Sven Lindemann Sie mit dem Zahlenwerk des Haushaltes vertraut macht.